

Argumente gegen Europaskepsis

eine Diskussionshilfe

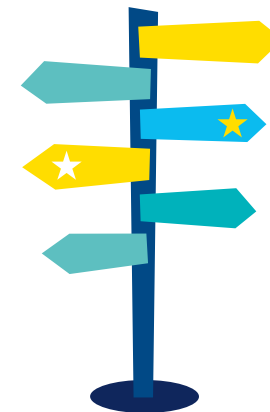


Argumente gegen Europaskepsis

eine Diskussionshilfe

Inhalt

Die Europapolitik ist nicht „da oben“ oder „weit weg“	3
Die EU und ihre rechtlichen Grenzen	5
Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion	9
Erweiterung und Brexit	12
Verbraucherschutz	13
Die Krise als Chance zu wachsen: Europas wechselvolles Jahrzehnt	15
Das soziale Europa	17
Europa – ein Raum der Bewegungsfreiheit	19
Wirtschaftliche Stärke schützt	20
Europa in der Welt:	
Außen- und Sicherheitspolitik und Multilateralismus	20
Gemeinsame Verteidigungspolitik	22
Stabilität in unserer Nachbarschaft	22
Migrations- und Asylpolitik	24
Zukunft der EU: Konferenz zur Zukunft Europas	25



Die Europapolitik ist nicht „da oben“ oder „weit weg“

Die Europapolitik direkt vor Ort mitgestalten

Das politische System der Europäischen Union basiert auf demokratischer Teilhabe.

Wie in jeder Demokratie geht die politische Macht auch in der Europäischen Union von den Bürgerinnen und Bürgern aus. Auch bei EU-Themen gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich einzubringen: durch Wahlen zum Europaparlament, durch nationale Wahlen, die den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs beeinflussen, durch die Teilnahme an Europäischen Bürgerinitiativen oder die Mitgliedschaft in europapolitischen Vereinen und Parteien. Europaabgeordnete informieren über aktuelle Themen europäischer Politik, die für die Region Bedeutung haben. Immer mehr Gemeinden und Städte unterhalten EU-Kontaktstellen, die ebenfalls Informationen über die EU und Teilhabemöglichkeiten aufzeigen. Europa ist gleich nebenan!

Das Europäische Parlament ist eine kraftvolle Volksvertretung

Das Europaparlament ist einzigartig durch seine multikulturelle Struktur, seine Mehrsprachigkeit und die in ihm vertretene Vielfalt.

Erstmals 1979 direkt gewählt, ist das Europäische Parlament ein verhältnismäßig junges Parlament in einer jungen übernationalen Gemeinschaft. Die 705 Abgeordneten debattieren in 24 Amtssprachen und sind an allen wichtigen Ent-

scheidungen wie dem EU-Haushalt sowie in den Bereichen Forschung, Landwirtschaft, Mobilität und Unionsbürgerrechte beteiligt. Das Parlament hat sich in den letzten Jahrzehnten von einem bloßen Beratungsgremium zu einem vollwertigen Ko-Gesetzgeber entwickelt. Das Parlament arbeitet transparent: Plenums- und Ausschusssitzungen werden live im Internet übertragen, Dokumente stehen zum Download bereit. Die 96 Abgeordneten aus Deutschland informieren regelmäßig über ihre Arbeit und sind für Fragen und Anregungen ansprechbar.

Das Europaparlament ist die Stimme der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger

Das EU-Parlament vertritt die Interessen der rund 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der Mitgliedstaaten.

Das Europäische Parlament ist die einzige direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte EU-Institution. Es steht exemplarisch für den demokratischen Streit entlang von politischen Überzeugungen und nicht anhand von Nationalitäten. Die EU erhielt den Friedensnobelpreis auch deshalb, weil sie gelernt hat, Konflikte auf dem Kontinent friedlich beizulegen. Das Europaparlament bildet Delegationen zu anderen Parlamenten weltweit und fördert so den demokratischen Austausch. Jährlich verleiht das EU-Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit. Damit werden Personen und Organisationen ausgezeichnet, die sich für Menschenrechte und Meinungsfreiheit einsetzen.

Ohne Zustimmung des Europaparlaments keine neuen Regeln

Das Europäische Parlament agiert auf Augenhöhe mit dem Rat der Europäischen Union.

Das Europaparlament ist heute gemeinsam mit dem Rat der EU (Vertretung der nationalen Fachminister*innen) ein vollwertiger Gesetzgeber in nahezu allen Politikbereichen und kontrolliert damit auch die Arbeit der EU-Kommission. Ohne Mitsprache des Parlaments wird kein EU-Haushalt und kein wichtiges Gesetz, etwa zur Regulierung der Finanzmärkte, zum Verbraucherschutz oder zu Freihandelsabkommen, verabschiedet. Auch beim Brexit und den Verhandlungen zu den künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich entscheidet das EU-Parlament vollumfänglich mit. Außerdem müssen die Mitglieder der EU-Kommission durch das Europäische Parlament gewählt werden, bevor diese ihr Amt antreten können.

Die EU und ihre rechtlichen Grenzen

In über siebenzig Jahren europäischer Integration haben sich die Menschen und Regierungen Europas ein einzigartiges politisches System geschaffen. Die derzeit gültigen Rahmenbedingungen wurden im Lissabon-Vertrag zusammengefasst. Dieser definiert den Wertekanon, regelt das Zusammenspiel der Institutionen und teilt die Zuständigkeitsbereiche zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten auf. Nicht alle Politikbereiche sind europäisiert. So besitzt „die EU“ (EU-Kommission und EU-Parlament) Vertretungsmacht und Mitsprache z. B. bei der Handelspolitik, Agrarpolitik und dem EU-Haushalt. In nationaler Kompetenz sind bislang geblieben: Außen- und Sicherheitspolitik, Bildung, Gesundheitspolitik und Steuern. Beschlüsse kommen hier nur mit Einstimmigkeit aller EU-Mitgliedstaaten und ohne Mitsprache des EU-Parlaments zustande. Diese Unterscheidung ist wichtig, da „der EU“ oft Handlungsunfähigkeit in Bereichen vorgeworfen wird, in denen sie keine Kompetenzen besitzt.

Die EU ist eine Wertegemeinschaft

Europäische Werte leben

Die EU ist eine Wertegemeinschaft. Sie gründet sich auf Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit (Art. 2 EU-Vertrag). Oft wird vergessen, dass die EU mehr ist als nur der gemeinsame Wirtschafts- und Währungsraum. Die Werte sind rechtsverbindliche Grundlagen europäischen Handelns. Die EU-Gesetzgebung muss sie berücksichtigen. Über ihre Einhaltung wachen Gerichte. Nach den europäischen Werten zu leben, liegt an uns.



Unterschiedliche Interessen ausdiskutieren

Kompromissfindung am Verhandlungstisch

Die Möglichkeiten, Konflikte friedlich zu lösen, waren über viele Jahrhunderte sehr begrenzt. Die europäische Integration ersetzt Soldat*innen durch Abgeordnete, Kampfhandlungen durch Wortgefechte, Vorurteile durch Gerichte. Dass wir in der längsten Phase von Frieden und Wohlstand leben, liegt zu einem großen Teil an der demokratischen und rechtsstaatlichen „Kompromissmaschine EU“.

Das Argument der Friedenssicherung ist nach wie vor aktuell

Krieg ist nicht mehr die Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Etablierung der europäischen Nachkriegsordnung ist es den Staaten gelungen, Konflikte friedlich beizulegen und Kompromisse zu schließen. Am Anfang stand die Aussöhnung in Westeuropa, gefolgt von der Überwindung des Eisernen Vorhangs bis hin zur Stabilisierung der Staaten des Balkans. Europas Frieden, Freiheit und Wohlstand hängen unmittelbar mit seinen Institutionen und den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien zusammen.

Europa als Raum der Sicherheit, der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit

Die europäische Demokratie ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Mit Besorgnis schauen Demokrat*innen auf die zunehmend illiberal und autoritär agierenden Regierungen in Ungarn und Polen. Im Falle Polens forderte die EU-Kommission bereits im Dezember 2017 den Rat auf, festzustellen, dass die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit besteht. In einer im März 2018 verabschiedeten Entschließung unterstützte das EU-Parlament die Bewertung und Forderung der Kommission. Gemäß Art. 7 des EU-Vertrags liegt es nun bei den EU-Mitgliedstaaten, ob gegen diese Regierungen Maßnahmen ergriffen werden können.

Rechtsstaatlichkeit unter Beobachtung

Die EU-Kommission legt erstmals Bericht zur Lage der Rechtsstaatlichkeit vor.

Im Herbst 2020 stellte die EU-Kommission erstmals einen Bericht zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU27 vor. Dies ist eine direkte Antwort auf die beunruhigenden Tendenzen in Polen und Ungarn. Die fortan jährlich stattfindende Evaluation soll durch Empfehlungen zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit beitragen und das Niveau der Rechtsstaatlichkeit insgesamt heben. Anhand dieser Berichte wird die Entwicklung der Rechtsgemeinschaft EU als Ganzes und die rechtsstaatliche Lage in allen Mitgliedsländern einzeln bewertet. Außerdem wird diskutiert, die Vergabe von EU-Mitteln an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeitskriterien zu koppeln. Auch hier ist die kritische Begleitung durch uns Unionsbürger*innen gefragt.

Die EU rüstet sich im Kampf gegen organisierte Finanzkriminalität

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EUSTA) nimmt ihre Arbeit auf.

Organisierte kriminelle Banden erbeuten durch die Umgehung der nationalen und europäischen Vorschriften jedes Jahr Beträge in Milliardenhöhe (2018: 1.197 Mio. Euro). Die EUSTA wird als erste unabhängige und dezentrale Staatsanwaltschaft der Europäischen Union befugt sein, Straftaten gegen den EU-Haushalt wie Betrug, Korruption und schweren grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug zu untersuchen, strafrechtlich zu verfolgen und vor Gericht zu bringen. Erste europäische Staatsanwältin ist die Rumänin Laura Codruța Kövesi.

Die EU-Institutionen sind Vorreiter in Sachen Transparenz

In Brüssel gibt es viele Interessengruppen und mehr Transparenz als auf nationaler Ebene.

Wer in Brüssel für bestimmte Interessen bei den EU-Institutionen Kommission und Parlament lobbyieren möchte, muss sich in das gemeinsame EU-Transparenzregister eintragen. Dies schafft Klarheit darüber, wer Zugang sucht und möglicherweise Unterstützung findet. Viele EU-Abgeordnete gehen derweil freiwillig

sogar noch einen Schritt weiter und veröffentlichen ihre Treffen mit Interessenvertreter*innen auf ihrer Webseite. Der Deutsche Bundestag oder Landesparlamente kennen eine solche Pflicht zur Transparenz (noch) nicht. Dass Brüssel und andere EU-Hauptstädte zu Orten der Interessenvertretung avancierten, unterstreicht die Wichtigkeit der EU-Ebene als einflussreiche Regelungsinstanz.

Die EU-Kommission als Hüterin der Verträge

Die Kommission ist eine kleine, effiziente und spezialisierte Behörde.

Die EU-Verwaltungen haben in etwa so viele Beschäftigte wie eine deutsche Großstadt. Ein Vergleich: In der EU-Kommission arbeiten ca. 55.000 Personen für 450 Mio. EU-Bürger*innen, in München rund 30.000 für 1,4 Mio. Einwohner*innen. Den Beschäftigten der EU-Kommission kommt die zentrale Aufgabe zu, politische Anliegen und Vorhaben in rechtlich fundierte Gesetzestexte zu überführen und diese Vorschläge in den Gesetzgebungsprozess einzuspeisen. Im Hinblick auf die mitunter weltweiten Auswirkungen der EU-Gesetzgebung ist es wichtig, bestmögliche Vorlagen zu produzieren. Dabei agiert die Kommission nicht im luftleeren Raum, denn sie involviert frühzeitig Parlamente, Regierungen, Unternehmen, Verbände und uns Bürgerinnen und Bürger über öffentliche Konsultationen. Auch nach dem Zustandekommen der EU-Gesetze überprüfen Beschäftigte der EU-Kommission die Einhaltung und Umsetzung der Regeln. Daher rührt auch die Beschreibung der EU-Kommission als „die Hüterin der Verträge“.

Brüssel-Bashing springt zu kurz

Europäische Rechtsetzung kann gut oder schlecht sein. Das gilt aber auch für Gesetze, die in den Mitgliedstaaten entstehen.

Kein europäisches Gesetz kommt ohne die Mitwirkung der nationalen Regierungen zustande. Oft wird europäische Rechtsetzung sogar hierzulande angestoßen. Für die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung von Richtlinien aus Brüssel sind die Mitgliedstaaten selbst verantwortlich. Die Kritik, die manchmal von nationalen Politiker*innen geäußert wird, Brüssel habe dies oder jenes so entschieden, lenkt in den meisten Fällen von eigenen Unzulänglichkeiten ab. Sollte ein EU-Gesetzesvorhaben nationale Kompetenzen verletzen, haben Bundestag und Bundesrat über das Instrument der Subsidiaritätskontrolle die Möglichkeit, dieses zu stoppen. Diese Verfahren kommen aber deutlich seltener zum Einsatz als pauschale Kritik nationaler Akteure an „Brüssel“.



Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Der Binnenmarkt ist Kern der europäischen Integration

Garant für Freiheiten und Wohlstand

Der EU-Binnenmarkt basiert auf den vier Grundfreiheiten: freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Diese vertraglich verbrieften Rechte erlauben es Unternehmen und EU-Bürger*innen, sich frei in allen Mitgliedstaaten zu betätigen und niederzulassen. Eine innovative Geschäftsidee kann sich europaweit etablieren, Menschen können ihren Neigungen und Interessen europaweit nachgehen. Der Binnenmarkt ist Ausdruck des Sinneswandels des 20. Jahrhunderts: mehr Wohlstand durch Kooperation und freie Entfaltung der Menschen statt Abschottung und Bevormundung.

Europäische Regulierung ist die Antwort auf die Weltwirtschaft

Die Wirtschaft agiert über Grenzen hinweg und ist international vernetzt.

In einer Wirtschaft mit globalen Lieferketten haben große transnationale Unternehmen großen Einfluss. Demokratische Kontrolle und wirksame Regulierung sind auf nationaler Ebene praktisch nicht mehr möglich. Die EU-Gesetzgeber legen deshalb für den Binnenmarkt einheitliche Standards und Regeln fest. Diese sind sowohl für europäische als auch außereuropäische Unternehmen verbindlich. Die EU-Kommission überwacht die Einhaltung dieser Regeln und ergreift bei Regelverstößen rechtsverbindliche Maßnahmen.

Gemeinschaftliche Aufsicht unterstützt die nationale Regulierungsebene

Nationale Aufsichtsbehörden stoßen an ihre Grenzen mit fatalen Folgen für die EU.

Nationale Aufsichtsbehörden haben die Aufgabe, unternehmerische Tätigkeiten zu überprüfen. Die Finanz- und Bankenkrise von 2008/2009 hat eine unzureichende Kontrolle der Geldhäuser durch nationale Kontrollinstanzen offengelegt. Seit 2014 werden durch die Europäische Zentralbank und die Europäische Bankenaufsichtsbehörde die 120 größten Banken der Eurozone in sog. „Stress-tests“ überprüft. Eine Lehre aus der Krise ist die Schaffung einer Bankenunion für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht. Wie auch jüngere Bilanzfälschungen oder Geldwäschevorfälle zeigen, bedarf es einer adäquaten europäischen Verfolgung international vernetzter Akteure und Krimineller. Die EU hat die nötigen Instrumente, dies künftig in stärkerem Umfang zu übernehmen.

Der Euro – sturmerprobt und zukunftsfest

Der Euro ist eine erfolgreiche europäische Währung mit Weltrang.

Seit Einführung des Euro wird die Stabilität der Gemeinschaftswährung diskutiert. Ein Blick in die Inflationsstatistik der Europäischen Zentralbank belegt, dass der Euro niedrigere Inflationswerte aufweist als die DM. Seit 1999 hat sich der Euro zur internationalen Leitwährung entwickelt, was den Einfluss des Wirtschaftsstandorts Europa stärkt. Deutschlands Wirtschaftsakteure profitieren von diesen stabilen Bedingungen.

Europa wächst in der Not

Europäische Maßnahmen haben die EU krisenfester gemacht.

Mitgliedstaaten, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation und ihres Schuldenstandes keine Kredite mehr am Kapitalmarkt aufnehmen können, droht der Staatsbankrott. Die Gründung des zwischenstaatlichen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und stärkere Überwachungs- und Kontrollbefugnisse der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) und der Europäischen Zentralbank (EZB) gegenüber dem Bankensystem sind weitere Lehren und wichtige Schritte für mehr

Stabilität im europäischen Bankensektor. Während der Covid-19-Pandemie können die EU-Staaten auf den ESM als möglichen Kreditgeber zurückgreifen, um ihren Kapitalbedarf zu decken.

Europäische Geldpolitik beeinflusst indirekt nationale Fiskalpolitik

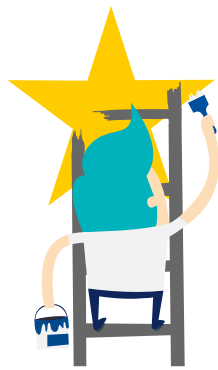
Die Gemeinschaftswährung sorgt für Haushaltsdisziplin.

Mit dem Euro und der EZB wurde eine europäische Geldpolitik geschaffen, ohne dabei eine einheitliche Fiskalpolitik zu etablieren. Dies nutzten einige Staaten, um nationale Schuldenstände zu erhöhen – ein Grund für deren Anfälligkeit in der Finanzkrise der Jahre 2008/2009. Als Reaktion überprüfen und koordinieren die EU-Kommission und der Rat durch das Europäische Semester jährlich die Einhaltung der Haushaltsdisziplin der EU27. Zudem führt die Mitgliedschaft in der Eurozone zu haushaltspolitischen Anstrengungen und geordneten öffentlichen Finanzen der Eurozonenländer.

Die EU schnürt das größte Unterstützungsprogramm ihrer Geschichte

Finanzpolitischer Paradigmenwechsel zur Stabilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft

Zur Bekämpfung der Pandemie bedarf es großer finanzieller Anstrengungen. Erstmals in ihrer Geschichte wird die EU Gelder am Kapitalmarkt aufnehmen und den Mitgliedstaaten als Zuschüsse und Darlehen zur Verfügung stellen. Der 750 Mrd. Euro schwere Next Generation EU-Fonds soll vor allem Staaten unterstützen, die unter der Pandemie besonders zu leiden haben. Mit der Ausgabe der Gelder wird das Ziel verfolgt, die EU ökologischer, digitaler und krisenfester zu machen. Die aufgenommenen Schulden werden von der EU in den nächsten Jahren zurückgezahlt. Als Verbund wirtschaftlich stärkerer und schwächerer Staaten kann die EU diese Kredite günstig aufnehmen. Europäische Solidarität – auch im Finanziellen – zahlt sich aus!



Erweiterung und Brexit

EU-Beitrittsperspektive unterstützt demokratische und rechtsstaatliche Reformen

Die EU-Mitgliedschaft ist weiterhin attraktiv und Motor für Wandel.

Das galt für Griechenland, Portugal und Spanien, die ihre Militärdiktaturen überwandern und nachfolgend der EU beitraten. Dies galt und gilt auch für Staaten des Westbalkans. Die Kopenhagener Kriterien legen eindeutig fest, welche rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen unternommen werden müssen, um der EU beitreten zu können. Die Erfahrungen der letzten Beitrittsrunden haben die EU kritischer, aber nicht verschlossener gegenüber den Perspektiven der Beitrittskandidaten werden lassen. Die europäische Integration verleiht dem gesamten Kontinent mehr Stabilität.

Schengenbeitritt und Euroeinführung

Die Voraussetzungen müssen gegeben sein.

Jedes EU-Mitglied ist heute Mitglied im EU-Binnenmarkt. Nicht alle Staaten der EU27 sind jedoch Mitglieder des Schengenraums oder Eurozonenländer. Der Beitritt zu Schengen geht mit der Sicherung der Außengrenzen und dem Schutz vor illegaler Einwanderung einher. Um der Gemeinschaftswährung beizutreten, sind stabile wirtschaftliche Verhältnisse und eine anhaltende Konvergenz zur Eurozone Voraussetzung. Die EU-Kommission evaluiert die Reformprozesse und die Entwicklungen der Kandidatenstaaten. Die Reisefreiheit und die Währungsunion sind höchste Integrationsstufen. Nur wenn die Kriterien erfüllt sind, empfiehlt die EU-Kommission die Aufnahme der Staaten in die Eurozone und den Schengenraum.

Der Brexit – Austritt ohne Vorbild

Das Ziel ist eine möglichst enge Partnerschaft.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU ist eine demokratische Entscheidung der Brit*innen und durch die EU-Verträge (Art. 50 EUV) möglich. Die Europäische Union respektiert die Entscheidung und setzt folgende Prämissen an das künftige Verhältnis: eine möglichst enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partnerschaft, Garantie und Anerkennung der Bürgerrechte, Frieden auf der irischen Insel. Die Wissenschaft ist sich einig, dass der Austritt aus der EU negative Auswirkungen für beide Seiten hat. Der Brexit führte zu gestiegenen Zustimmungswerten für die EU.

Verbraucherschutz

Offenes Ohr für Beschwerden

Eine Europäische Ombudsperson ist seit 1995 für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zuständig.

Jede EU-Bürgerin, jeder EU-Bürger hat das Recht, sich mit Petitionen an das Europäische Parlament oder mit Beschwerden an die Europäische Bürgerbeauftragte/den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden. Letztere*r handelt u.a. dann, wenn gegen Transparenzkriterien, Grundrechte oder die ordnungsgemäße Verwaltung von öffentlichen EU-Geldern verstoßen wurde. Beides fördert transparente und verantwortungsvolle Strukturen und Verfahren in der EU!

Marktintegration lässt die Verbraucherpreise fallen

Positive Effekte der Integration sind im Geldbeutel spürbar.

Die europäische Wirtschaftsintegration erhöhte den Wohlstand und Lebensstandard in Europa deutlich. Waren und Dienstleistungen verbilligten sich aufgrund weggefallener Zölle, der europäischen Kartellaufsicht und gesetzlicher Harmonisierung. Die Abschaffung der Wechselkurse, die Abschaffung von

Roaming-Gebühren oder der leichte Wechsel des Stromanbieters sind nur einige Beispiele. Der Binnenmarkt vereint wirtschaftliche Stärke mit einem gesetzlich vorgeschriebenen hohen Verbraucherschutz. Die EU-Kommission überwacht die Einhaltung der Verbraucherschutzstandards.

Wo EU draufsteht, ist auch EU drin

Die Sinnhaftigkeit steckt im Detail.

Oft geht es bei EU-Gesetzen um Harmonisierung von Standards, die für das Wirtschaftsleben, den Verbraucher- oder Umweltschutz wichtig sind. So können zum Beispiel durch die Vereinheitlichung der Netzteile von Mobiltelefonen Kosten und Elektroschrott reduziert werden. Das Verbot von Glühbirnen sorgt für effiziente Stromnutzung und schont den Geldbeutel. Europäische Fluggastrechte stärken Reisende bei Ausfällen und Verspätungen. Solche Detailregelungen sind auch wichtig, um die Integration des Binnenmarktes voranzutreiben. Gemeinsame Standards machen es einfacher, Güter und Dienstleistungen grenzüberschreitend zu verkaufen. Und bei Produkten aus der EU wissen wir, was wir einkaufen. Das macht den Einkauf von EU-Gütern für alle Konsument*innen sicherer und einfacher.



Die Krise als Chance zu wachsen: Europas wechselvolles Jahrzehnt



Krisenmomente häufen sich

Europäische Solidarität wirkt.

Terrorismus, Banken- und Finanzkrise, Auswirkungen von Flucht und Vertreibung, der Austritt Großbritanniens, Gesundheit- und Wirtschaftskrise: Die EU und ihre Mitgliedstaaten erlebten turbulente Jahrzehnte. In allen Phasen wurde das Ende der Europäischen Union heraufbeschworen. Die Antwort der EU waren Maßnahmen und Gesetze, um die Krisen zu bekämpfen und zukünftig schneller handeln zu können. Auch die EU-Bürgerinnen und -Bürger zeigten sich solidarisch zum europäischen Gedanken: Die Wahlbeteiligung zur Europawahl 2019 stieg auf ein Zwanzigjahreshoch. Fest steht, die EU muss weiterhin neue Instrumente entwickeln. Daran wird gearbeitet.

EU ohne Kompetenz in der Gesundheitspolitik

Im Fokus: Die Rolle der EU während der Corona-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie ist ein Jahrhundertereignis, das die Welt plötzlich und heftig traf. Die EU-Kommission hat bereits im Januar 2020 die EU-Mitgliedstaaten auf mögliche Gesundheitsrisiken hingewiesen, nach nationalen Pandemieplänen gefragt und Hilfe bei der Beschaffung von Ausrüstung und der Koordinierung grenzüberschreitender Gesundheitspolitik angeboten. Die Gesundheitspolitik ist Sache der Mitgliedstaaten, weshalb der EU-Kommission nur vermittelnde Kompetenzen zustehen. Dennoch: Die schrecklichen Szenen in überfüllten Krankenhäusern, die Grenzschließungen und die Trennung von Familien und Freund*innen sind Bilder, die sich nicht wiederholen dürfen. Damit die europäischen Freiheiten während der Pandemie aufrechterhalten werden, drängt die EU-Kommission die Mitgliedstaaten zu einheitlichen Corona-Regeln und zum Verzicht auf Grenzschließungen.

Weltweite Pandemie nur gemeinsam besiegbar

Die Europäische Union zeigt in der Krise gemeinschaftliches Handeln.

Während der Pandemie wurden Stimmen laut, der EU mehr Kompetenzen zur Bekämpfung von Pandemien und anderen Krisen im Gesundheitsbereich zu übertragen. Die Schaffung eines europäischen Seuchenschutzgesetzes, die Ausweitung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur zur Sicherstellung der Versorgung mit wichtigen Medikamenten und medizinischem Bedarf sowie eine europäische Datenbank mit anonymisierten Gesundheitsdaten sind dabei nur einige Vorschläge. Die EU-Kommission beteiligt sich an der Finanzierung der Impfstoffforschung mit über 16 Mrd. Euro. Die EU hat nach ersten Schockmomenten zügig und umfassend zur Solidarität gefunden.

Europäischer Kraftakt ist erfolgreich

Erster vielversprechender Impfstoff durch EU-Engagement ermöglicht und zugänglich

Nur die erfolgreiche Entwicklung eines Impfstoffes wird die Pandemie beenden können. Impfstoffentwicklungen sind langwierige und teure Vorhaben mit ungewissem Ausgang. Im Mai 2020 organisierte die EU-Kommission eine weltweite Geberkonferenz, um notwendige Finanzierungslücken der Impfstoffentwicklung zu schließen. Europäisches Engagement und finanzielle Unterstützung sorgen dafür, dass im November 2020 erste Impfstoffe mit einer Wirkungswahrscheinlichkeit von über 90 Prozent vorgestellt werden konnten. Europäisches und multilaterales Handeln rettet Leben! Die EU-Kommission verhandelt mit den Pharmafirmen und sichert millionenfache Impfdosen für uns EU-Bürgerinnen und -Bürger.



Das soziale Europa

Deutschland braucht Zuwanderung

Europäische Freizügigkeit dämpft Deutschlands Demografie- und Fachkräfteproblem.

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und vergreist. Seit Jahren leidet Deutschland unter Fachkräftemangel. Menschen, die in naturwissenschaftlichen und Ingenieur*innenberufen arbeiten sowie Pflegekräfte werden dringend benötigt. Auch viele Stellen im Handwerk und in der Dienstleistungsbranche bleiben unbesetzt. Die europaweite Mobilität von Arbeitnehmer*innen wirkt diesen Trends entgegen. Hier lebende und arbeitende Unionsbürger*innen tragen damit zum Wohlstand und zur Sicherung der Sozialsysteme bei.

Faire Arbeitsbedingungen in Europa

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Immer mehr Unionsbürger*innen arbeiten in einem anderen EU-Mitgliedsland oder werden von ihrem Arbeitgeber für eine gewisse Zeit in ein anderes EU-Mitgliedsland entsandt. Die EU hat Gesetze verabschiedet, um entsendeten Arbeitnehmer*innen die gleichen Rechte zuzugestehen. Damit werden Lohndumping erschwert, Marktverzerrungen abgebaut und faire Bezahlungen in der EU garantiert.



Studieren, arbeiten, leben in der EU

Europa ist auch für die dritte Generation ein Raum der freien Entfaltung.

40.000 deutsche Studentinnen und Studenten nutzen jährlich das Erasmus-Programm, um in der EU zu studieren. Der Europäische Freiwilligendienst und das Europäische Solidaritätskorps ermöglichen karitativen Einsatz in der EU. Auszubildende und Berufstätige können ihren professionellen und persönlichen Horizont durch Arbeitsaufenthalte in der EU erweitern. Europa bietet die Grundlagen, sich unabhängig von Ausbildung, Beruf und Einkommen ein eigenes Bild von Europa und seinen Menschen zu machen. Die EU fördert diese Begegnungen. Die Europäische Integration war der Wunsch der Kriegsgeneration und ist heute selbstverständliche Lebensrealität der jungen Europäerinnen und Europäer.

Ein sozialeres Europa in weiter Ferne?

Die EU-Kommission präsentiert 20 Vorschläge zur Stärkung europäischer Sozialpolitiken.

Die EU ist zweifelsohne ein produktiver und leistungsfähiger Wirtschaftsraum. In über sieben Jahrzehnten lag der Fokus auf der Integration der Wirtschafts- und Währungspolitik. Sozialpolitik ist bis heute Kompetenz der nationalen Ebene. Die Integration berührt in immer stärkerem Maße auch die Sozialpolitik. Warum sollten beim grenzüberschreitenden Arbeiten unterschiedliche Sozialversicherungen gelten? Welcher Staat ist zuständig, wenn ich arbeitslos werde und die letzten Jahre in ganz Europa gearbeitet habe? Welcher Lebensstandard sollte mindestens EU-weit gelten, um Armut und soziale Ungleichgewichte zu beseitigen? Mit der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) legt die EU-Kommission einen 20-Punkte-Plan vor. Die ESSR soll als Referenzdokument zur Harmonisierung der 27 unterschiedlichen Systeme führen.



Europa – ein Raum der Bewegungsfreiheit

Offene Grenzen in der EU sichern unsere individuellen Freiheiten

Die Freizügigkeit ist Grundlage unseres täglichen Miteinanders.

Quer durch Europa zu reisen und zu arbeiten gehört zum europäischen Lebensgefühl und ist Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Die Einschränkungen der Waren-, Dienstleistungs- und Reisefreiheit bedingt durch die Corona-Maßnahmen waren für viele Europäer*innen ein schwerer Schock und für zahlreiche Unternehmen ein wirtschaftliches Fiasko. Durch das zeitweilige Aussetzen der selbstverständlichen Bewegungsfreiheit wurde deutlich, wie normal es geworden ist, quer durch Europa zu reisen. Besonders hart getroffen wurden Berufspendler*innen in den Grenzregionen.

Eine florierende Wirtschaft braucht offene Grenzen

Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen wirkt sich negativ auf die Wirtschaft aus.

Das Schengener Abkommen garantiert uns individuelle Reisefreiheit. Der gemeinsame Wirtschaftsraum ohne Zollgrenzen ermöglicht es, Waren (darunter auch lebensnotwendige Güter wie medizinische Produkte, aber auch Obst und Gemüse) ohne bürokratische Verzögerungen über den Kontinent zu transportieren. Dies hat kostensenkende Effekte für die europäische Wirtschaft und die Verbraucher*innen. Durch eine Just-in-Time-Produktion entfallen Lagerhaltungskosten, was Waren vergünstigt. Wirtschaftsakteur*innen haben sich darauf eingestellt, dass Europa nationale Grenzen abgeschafft hat. Sie vertrauen darauf, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.



Wirtschaftliche Stärke schützt

Der europäische Markt sichert unsere Stellung in der Welt.

Nur ein vereintes Europa kann sich gegen die negativen Effekte der Globalisierung schützen.

Heute gilt: Wer auf dem europäischen Markt aktiv werden möchte, muss die hohen Verbraucherschutzstandards, die sozialen und ökologischen Gesetze einhalten. Wir brauchen diese einheitliche Linie, um nicht zum Spielball der wirtschaftlichen Großmächte und ihrer Ideologien zu werden. Einzeln kann auch Deutschland nicht mit der Wirtschaftsmacht der USA oder Chinas mithalten. Gerade die Jahre der Trump-Administration und die selbstbewusster auftretende chinesische Außenpolitik verdeutlichen die Wichtigkeit einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik.



Europa in der Welt: Außen- und Sicherheitspolitik und Multilateralismus

Wir brauchen eine handlungsfähige EU, weil ein Staat alleine kaum etwas ausrichten kann

Die Bedeutung des Nationalen schwindet stetig.

Europas demografische Bedeutung in der Welt nimmt ab. 2050 werden nach jüngsten Berechnungen nur noch vier Prozent der Weltbevölkerung in Europa wohnen. Selbst die großen europäischen Nationalstaaten werden im Weltmaßstab nur noch von geringer Bedeutung sein. Die Gestaltungsmacht des Nationalstaates, die er noch im 20. Jahrhundert hatte, wird unter diesen Voraussetzungen nicht mehr vorhanden sein. Wenn Europa deshalb weiterhin gestaltender Akteur sein möchte, gelingt dies nur über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Nur in der Gemeinschaft wirtschaftlich souverän

Schutz vor Repressionen und Gestaltungsmacht

Die Europäische Union bietet für die EU-Mitgliedstaaten den Rahmen, ihr wirtschaftliches Gewicht zu bündeln und in die gemeinsame europäische Waagschale zu werfen. Bereits heute spricht die EU-Kommission in Handels- und Wirtschaftsfragen gegenüber Drittstaaten im Namen der gesamten EU27. Diese an die EU delegierte und bei der EU-Kommission gebündelte Souveränität schützt jeden Mitgliedstaat vor wirtschaftlichen Repressionen Dritter. Bei internationalen Handelsverträgen kann die EU ökologische, soziale und wirtschaftliche Standards bündeln und zur Bedingung erklären.

Multilateralismus durch eigenes Vorbild stärken

Die EU steht für eine regelbasierte Zusammenarbeit.

Die EU verkörpert die erfolgreiche Überwindung des egoistischen Nationalismus. Die europäischen Institutionen demonstrieren täglich, wie das Zusammenleben auf Basis rechtsstaatlicher Regeln und demokratischer Konsensfindung funktioniert. Die EU und ihre Mitgliedstaaten beziehen klar Position zur Einhaltung internationaler Normen und Übereinkünfte sowie zum verstärkten Einsatz gemeinsamer Politik im Kampf gegen globale Herausforderungen wie dem Klima, der Gesundheit oder der Weltwirtschaft. Abschottung und Herabwürdigung anderer Staaten und deren Einwohner*innen sind Mechanismen dunkelster europäischer Geschichte.

Die schlafende Riesin: Die gemeinsame EU-Außenpolitik

Das Einstimmigkeitsprinzip steht einer schlagkräftigeren EU-Außenpolitik im Weg.

In der EU-Außenpolitik kommt der Position des Hohen Vertreters/der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU nur eine koordinierende und konsenssuchende Position zu. Entscheidungen in diesem Bereich treffen die 27 EU-Außenminister*innen einstimmig. Mitgliedstaaten können so ihr Veto einlegen, was zu ergebnislosen Beratungen führen kann. Dies führt oft zu Unverständnis und Frustration gegenüber der handlungsunfähigen EU. Die Lösung dieses

Problems ist der Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen. Nur dann kann die EU ihre herausgehobene Stellung zeigen und ihre Weltpolitikfähigkeit beweisen.

Gemeinsame Verteidigungspolitik

Koordinierung militärischer Kapazitäten

Der Brexit und die Europapolitik der USA bringen Schwung in eine alte Debatte.



Mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) verfolgen seit einigen Jahren 25 der 27 EU-Mitglieder gemeinsame Projekte in der Rüstungs- und Verteidigungspolitik. Zusammen mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) und der jährlichen Überprüfung der Verteidigungskapazitäten (CARD) sollen Doppelstrukturen abgebaut und gemeinsame Kapazitäten aufgebaut werden. Die verstärkte Kooperation ist auch im Zusammenhang mit militärischen Bedrohungen an Europas Grenzen und der geänderten Europapolitik Großbritanniens und der USA zu sehen. Die EU ist bereit, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen, ohne dass das NATO-Bündnis vernachlässigt wird.

Stabilität in unserer Nachbarschaft

Europa investiert in die Stabilität seiner Nachbarregionen

In unmittelbarer Nachbarschaft zur EU gibt es Kriege, Konflikt- und Krisenherde.

Die Auswirkungen der instabilen Nachbarschaft bedrohen die friedliche, soziale und wirtschaftliche Ordnung der EU. Nur wenn die Lebenssituationen der

Menschen in der europäischen Nachbarschaft stabil und prosperierend sind, kann auch die EU in Frieden und Wohlstand leben. Mit der östlichen Partnerschaft, der Union für den Mittelmeerraum, Assoziierungs- und Partnerschaftsabkommen fördert die EU den multilateralen Dialog und Modernisierungs- und Stabilisierungsvorhaben, insbesondere bei der Umsetzung rechtsstaatlicher und demokratischer Reformen. Die EU setzt weiterhin auf Diplomatie und Dialog.

Der europäische Frieden ist keine Selbstverständlichkeit

Eindeutige Haltung gegen die völkerrechtswidrige Annektierung der Krim und die russische Intervention in der Ostukraine

Berlin liegt näher an Kiew als an Rom oder Madrid. Die Ukraine hat gemeinsame Grenzen mit vier Ländern der EU. Es ist ein europäisches Land. Nichtsdestotrotz konnte Russland Teile der Ukraine annektieren. Dies sorgte für Verunsicherung in den baltischen Staaten und in Polen. Das verdeutlicht: Das gegenseitige Versprechen von Schutz und Beistand der EU-Mitgliedstaaten ist keine Floskel. Wir verdanken ihr Frieden. Die EU27 hat nun bereits mehrere Jahre in Folge das völkerrechtswidrige Verhalten Russlands mit Sanktionen beantwortet.

Trotz Brexit:

Alte Konflikte dürfen nicht wieder aufflammen

Das Karfreitagsabkommen schaffte Frieden auf der irischen Insel.

Jahrzehntelang tobte eine blutige Auseinandersetzung zwischen militanten Gruppen aus Nordirland und der Republik Irland. Das Karfreitagsabkommen von 1998 und die irische und britische Zugehörigkeit zur EU sicherten den Frieden in einem Markt ohne Zollschranken. Damit entfielen auch Kontrollen in einer konfliktträchtigen Grenzregion. Der Brexit, der in Nordirland mehrheitlich abgelehnt wird, sorgt für Unsicherheiten und Unklarheiten über die künftigen Beziehungen zwischen Irland und der EU auf der einen und Großbritannien auf der anderen Seite. Die Wahrung des Friedens auf der Insel ist und war ein integraler Bestandteil der EU-Position während der Brexitverhandlungen. Die EU hat in den letzten Jahren Sonderprogramme zur Angleichung der Region und damit zur Friedenssicherung zur Verfügung gestellt.

Migrations- und Asylpolitik



Europa braucht ein effektives und humanes Vorgehen

Und weiterhin eine kritische europäische Öffentlichkeit.

Die Situation an den Außengrenzen Europas ist seit Jahren bestimmt von nicht hinnehmbaren humanitären Katastrophen. Das derzeit gültige Dublin-Asylsystem der EU ist nicht für eine anhaltend hohe Anzahl von Asylanträgen ausgelegt. Seit 2015 versuchen die EU-Kommission und das Europäische Parlament die EU27 zu einer einheitlichen und solidarischen Aufnahme von Asylbewerber*innen zu bewegen. 2020 kündigte die EU-Kommission einen neuen Anlauf für eine gemeinsame EU-Asylpolitik an. Fest steht: Ohne die kritische Begleitung einer europäischen Öffentlichkeit würden die Zustände an der EU-Außengrenze aus dem Blick der Öffentlichkeit geraten. Ein deutliches Zeichen dafür, dass zivilgesellschaftliches Engagement den Unterschied ausmachen kann!

Die Ursachen für Flucht und Vertreibung müssen bekämpft werden

Dies kann nur durch einen einheitlichen, europäischen Ansatz geschehen.

In Europas unmittelbarer Nachbarschaft herrschen Krieg, Angst und Terror. In vielen Teilen der Welt leiden die Menschen unter Hunger und bitterer Armut. Fluchtursachen aufgrund des Klimawandels verschärfen die Situation. Wenn sich diese Zustände nicht ändern, wird die Zahl der Geflüchteten steigen. In den Wirren der internationalen Politik kann ein einzelnes europäisches Land allerdings nicht viel ausrichten. Es bedarf eines entschlossenen und gemeinsamen Auftretens der EU: Moderne Handelsabkommen, humanitäre Hilfe, eine Entwicklungspolitik auf Augenhöhe und Rüstungskontrollen in Konfliktregionen sind Möglichkeiten der EU. Das Europaparlament ist ein aktiver Fürsprecher für die Verbesserung dieser Beziehungen.

Die EU ist engagierte Partnerin für weltweite Entwicklung

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die weltweit größten Akteure in der Entwicklungshilfe.

Nach Angaben der OECD gaben die EU und ihre Mitgliedsstaaten jeden zweiten Euro der weltweiten Entwicklungshilfe im Kampf gegen Armut aus. Europa ist seit 1957 ein engagierter Förderer der Entwicklung im globalen Süden. Die von der EU bereitgestellten Mittel werden in enger Absprache mit den Mitgliedstaaten, Nichtregierungsorganisationen und Partner*innen vor Ort umgesetzt. Die EU war aktiv an der Ausgestaltung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) beteiligt, auf die sich auch das europäische Engagement stützt. Das Europäische Parlament hat direkten Einfluss und Kontrolle auf die Ausgestaltung der europäischen Hilfspolitik.

Zukunft der EU: Konferenz zur Zukunft Europas

Die Europäische Integration hat den Rückhalt der Europäerinnen und Europäer

Positive Zustimmungswerte zur EU

Eine vom EU-Parlament vor den Europaparlamentswahlen 2019 in Auftrag gegebene Studie fragte nach der Einstellung der Unionsbürger*innen zur EU. Gefragt nach den ersten Emotionen, die ihnen zur EU in den Sinn kommen, antworteten über die Hälfte, sie hätten positive Einstellungen gegenüber der EU. Gleichzeitig äußerte ein Drittel Zweifel im Zusammenhang mit der EU. Die positive Einstellung deckt sich mit sämtlichen Eurobarometer-Umfragen in den letzten Jahren. Unter den Befragten in Deutschland waren 78 Prozent der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft besser wäre als keine EU-Mitgliedschaft.

Eine Zukunftskonferenz lässt Impulse der Unionsbürgerinnen und -bürger einfließen

Europäerinnen und Europäer diskutieren bei der Weiterentwicklung der europäischen Demokratie mit!

Eine zweijährige europaweite Konferenz soll an den erfolgreichen Beteiligungsformaten der Bürgerdialoge anknüpfen und Impulse der Unionsbürger*innen aufgreifen und verstetigen. Neben thematischen Schwerpunkten wie Klima, Umwelt, Arbeit, Soziales und Wirtschaft sollen auch Fragen der EU-Architektur und demokratische Prozesse erörtert werden. Die europäischen Institutionen machen deutlich: Die Zukunft Europas geht nur mit, nicht ohne die Menschen.

Künftige Kompetenzverteilungen

Europäische Zuständigkeiten sind nicht in Stein gemeißelt.

Der Blick in die Entwicklungsgeschichte der EU-Institutionen zeigt, dass viele Kompetenzen erst nach und nach auf die EU-Ebene übertragen wurden. Das bedeutet, dass Politikbereiche, die bislang in nationaler Kompetenz liegen, bei künftigen Vertragsveränderungen europäisiert werden oder umgekehrt Bereiche, die auf EU-Ebene liegen, wieder auf die nationale Ebene transferiert werden könnten. Die EU ist auch im achten Jahrzehnt ihres Bestehens eine wandelbare, auf die Herausforderungen der Zeit reagierende Organisation. Es liegt an uns Bürgerinnen und Bürgern, den künftigen Kurs der EU mitzubestimmen.



Herausgeberin:



Europa-Union Deutschland e.V.
Sophienstraße 28/29
10178 Berlin

Fon: +49-(0) 30-30 36 20-130
Fax: +49-(0) 30-30 36 20-139

info@europa-union.de
www.europa-union.de

Redaktion: Manuel Knapp
Grafik: Sibylle Bauhaus

Auflage Dezember 2020

Mit Unterstützung von:



Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

GUT GELAUNT FÜR EUROPA

